

Stormarn

Kreis Stormarn

Rechtsradikalismus - auf den Spuren einer Szene

02.06.2012, 06:00 Uhr Claas Greite

Im Alltag sind Neonazis kaum wahrnehmbar. Doch sie sind aktiv, wie Menschen dem Abendblatt berichten. Oft nur anonym - aus Angst. Ein Dossier.



Schmierereien wie diese in Reinfeld deuten auf Aktivitäten einer rechtsradikalen Szene hin

Foto: Claas Greite

Kreis Stormarn. Zwei Scheiben klirren, irgendwann, mitten in der Nacht. Am nächsten Morgen werden Hakenkreuze gefunden, eingeritzt in die rote Backsteinmauer des Gebäudes an der Straße Woldenhorn, in dem gerade eine Moschee eingerichtet wird. Die Täter hat niemand gesehen - und auch die Polizei hat bisher keine Spur. Dieser Anschlag passiert nicht in einem verlassenem Winkel im Osten Deutschlands, auch nicht in einem anderen Land oder in einer anderen Zeit. Der Anschlag auf die Moschee wurde dieser Tage verübt - hier in Stormarn, mitten in Ahrensburg.

[+++ Extremismus erkennen +++](#)

Der Vorfall führt vor Augen, was Experten bestätigen: Im Kreis gibt es ein wachsendes Problem mit Neonazis. Von einer "sich verfestigenden Szene junger Rechtsextremisten" in Stormarn ist die Rede im aktuellen Bericht des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes. Im Gegensatz dazu steht die Wahrnehmung vieler Bürger und Politiker. Sie sind der Meinung, dass es in ihren Gemeinden kein großes Problem mit Rechtsradikalen gibt, dass Vorfälle wie der Anschlag auf die Moschee Einzelfälle sind. Diese Einschätzung teilen selbst Menschen, die sich vor Ort gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren.

Auch die Polizei kommt zu einem anderen Urteil als der Verfassungsschutz. "Es kann nach unseren Erkenntnissen nicht von einer erstarkenden Neonazi-Szene in Stormarn gesprochen werden", heißt es vonseiten des Polizeikommissariats 5 der Bezirkskriminalinspektion Lübeck, das sich mit Fällen politisch motivierter Kriminalität befasst.

[+++ Die Rolle der NPD in der Region +++](#)

Einzelne Bürger in Stormarn hingegen, die schon einmal von Rechtsradikalen bedroht oder Opfer eines Anschlags geworden sind, fürchten um ihr Leben - oder um die Sicherheit ihrer Familie.

Einer, der schon mehrmals bedroht wurde, ist Hendrik Holtz, Kreistagsabgeordneter der Linkspartei. Wegen seiner politischen Haltung geriet der junge Mann ins Visier der Neonazis. Am Reinfeldener Bahnhof, der lange Zeit als Treffpunkt von Rechtsradikalen galt, wurde er bedroht: "Neonazis haben mir am helllichten Tag auf dem Bahnsteig ein Messer an den Hals gehalten, mich Zecke und Judensau genannt", sagt Holtz. Die Situation habe sich nur deshalb

entschärft, weil ein Zug einfuhr und die Neonazis, ein Grüppchen von etwa zehn Jugendlichen, einstiegen. Die Polizei habe die Gruppe zwar später im Zug gestellt, aber keine Beweise für die Tat gefunden.

Von dem Fall, der etwa zwei Jahre zurückliegt, habe er später nichts mehr gehört. Holtz ist aber offenbar weiter im Visier der Rechten: "Ich bin erst kürzlich wieder von Nazis belästigt worden." In seinem Briefkasten habe ein Katalog für Homosexuellen-Sexfilme gelegen, beschmiert mit SS-Runen.

+++ So geht eine Stadt im Osten mit dem Problem um +++

Dass ausgerechnet Hendrik Holtz ausgewählt wurde, dass gegen die Moschee Steine flogen, ist kein Zufall. Vorfälle wie diese sind Teil einer Strategie, wie der Politologe Hajo Funke sagt. "Es ist ein durchaus übliches Vorgehen der freien Kräfte unter den Neonazis, sich gezielt Menschen herauszugreifen, die sie für Feinde halten, sie anzugreifen oder einzuschüchtern. Die Kernstrategie ist Bedrohung", sagt der Professor, der an der Freien Universität Berlin lehrt und ein ausgewiesener Experte für Rechtsextremismus ist.

Zu den sogenannten "freien Kräften", die sich keiner Partei wie der NPD anschließen und die über keine Organisationsstrukturen im herkömmlichen Sinne verfügen, zählt Funke auch die Autonomen Nationalisten. In Stormarn spielen sie eine wichtige Rolle: Der Verfassungsschutz bezeichnet sie als "politischen Kern des aktionistischen Rechtsextremismus" im Kreis. Die Autonomen Nationalisten Stormarn sind die einzige Gruppe, die die Verfassungsschützer in dem Bericht explizit erwähnen.

+++ Was bisher geschah +++

Es handelt sich um junge Neonazis, die die Aktionsformen und das Aussehen von Linksautonomen kopieren. Sie tragen häufig schwarze Kleidung und lange Haare, manchmal sehen sie auch wie gewöhnliche Jugendliche aus. Damit sind sie für die meisten Menschen gar nicht als Rechtsextreme erkennbar - anders als Skinheads, die Bomberjacken und Springerstiefel wie Uniformen trugen und in den 90er-Jahren in der Szene vorherrschend waren.

Die Gefahr, die von Autonomen Nationalisten ausgeht, ist laut Hajo Funke groß. Der Experte bezeichnet sie als "hochgefährlich", weil sie sehr gewaltbereit seien und strategisch vorgehen.

25 bis 30 Rechtsextreme, so der Bericht der Verfassungsschützer, gibt es in Stormarn. Die Neonazis halten sich demnach vor allem in Nordstormarn auf - unter anderem in Reinfeld. Dass sie dort aktiv sind und dass sie gezielt vorgehen, bestätigt auch Hajo Krage, Vorsitzender der Jusos in Stormarn. Er sagt: "Ein Juso-Mitglied ist am Reinfelder Bahnhof verfolgt worden von Autonomen Nationalisten."

Reinfelder Vater wird von Neonazis bedroht, weil er Stellung bezog

Ein Reinfelder Vater berichtet. "Ich wurde von Neonazis bedroht, weil ich öffentlich Stellung gegen sie bezogen hatte", sagt der Mann, der anonym bleiben möchte, um seine Familie zu schützen. Ein weiterer Stormarner, der viel mit Migranten zusammenarbeitet, aber ebenfalls nicht namentlich genannt werden will, sagt: "Fremd aussehende Menschen trauen sich abends in Reinfeld nicht mehr auf die Straße."

Experten sagen es hinter vorgehaltener Hand: Die Stadt im Norden des Kreises hat das vergleichsweise größte Problem mit Rechtsradikalen in Stormarn. Doch der Bericht des Verfassungsschutzes nennt auch Bad Oldesloe und Bargtheide explizit - als Orte, in denen Neonazis aktiv seien. Abendblatt-Recherchen zeigen, dass auch dort Menschen gezielt von Rechtsextremen eingeschüchtert werden.

Wie die Bargtheiderin Doris Volland, die im Stadtarchiv arbeitet. Sie setzte sich für die Verlegung eines Stolpersteins ein, der an ein Bargtheider Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Kurz nach der Verlegung des Steins, im November 2009, wurde sie von "sehr vielen anonymen Anrufern" belästigt, wie Doris Volland sagt. "Die meisten haben einfach nur herumgepöbelt. Und ein Anrufer erzählte mir, man solle lieber der Vertriebenen gedenken", so die Bargtheiderin.

Vier Täter schlagen und treten 14-Jährigen in Bad Oldesloe

Ein Fall von offener Gewalt passierte in Bad Oldesloe. Ein 14-Jähriger wurde mitten in der Innenstadt an einem Freitagabend von vier Tätern angegriffen, die aus der rechten Szene stammen sollen. Sie schlugen und traten ihn, weil er eine Jacke mit einem Antifa-Spruch trug.

Die Tat ist der einzige Fall politisch motivierter Gewalt, der sich im vergangenen Jahr in Stormarn ereignet hat. So zumindest die Statistik der Bezirkskriminalinspektion Lübeck.

Die Realität sieht anders aus, denn nicht alle Fälle dieser Art werden auch angezeigt. Schilderungen von rechtsextremen Übergriffen und Bedrohungen, das haben die Abendblatt-Recherchen ergeben, gibt es viele. Sie passieren nicht nur in Bargtheide, Bad Oldesloe und Reinfeld, sondern auch in anderen Stormarner Orten. Wie aber schätzen Politiker und Verwaltungschefs vor Ort die Lage ein?

Bargtheides Bürgermeister Henning Görtz weiß nichts von "exponierten Personen" aus der rechten Szene in seiner Stadt. "Wenn es ein Problem gibt, dann latent." Der Bürgermeister macht dabei nicht den Eindruck, als wolle er etwas beschönigen oder verheimlichen. Ganz ähnlich urteilt Maria Herrmann (SPD), stellvertretende Bürgermeisterin in Bad Oldesloe. "Wir haben erfreulich wenig Probleme. Es gibt keinen harten Kern", sagt sie auf die Frage, ob die Stadt ein Problem mit Rechtsextremismus habe.

Gerhard Horn, seit 2002 Bürgermeister von Reinfeld, behauptet nicht, dass es keine Rechtsradikalen in seiner Stadt gibt. Doch er redet vor allem von den "sozialen Ursachen" des Problems und gerät in Rage, wenn er über die angespannte Haushaltslage seiner Stadt spricht. "Qualifizierte Sozialarbeit wäre nötig. Aber den Kommunen fehlt Geld."

Konkreter wird Kathrin Göhlert. "Meiner Ansicht nach gibt es acht bis zehn Rechtsradikale in Reinfeld. Etwa die Hälfte davon würde ich den Autonomen Nationalisten zuordnen", sagt die junge Frau, die seit 13 Jahren in Reinfeld als

Jugendpflegerin arbeitet. Allerdings sagt sie auch: "Ich glaube nicht, dass die gefährlich sind. Aber da schwingt auch die Hoffnung mit."

Politikwissenschaftler Hajo Funke will solche Aussagen, die teilweise im krassen Gegensatz zu den Wahrnehmungen der Opfer rechter Gewalt stehen, nicht kommentieren. Aber er sagt: "Das Problem des Rechtsradikalismus wird unterschätzt. Überall in Deutschland, gerade in kleinen Gemeinden." Manche Lokalpolitiker schauen bewusst weg, andere seien nicht ausreichend informiert. Aber: "Es ist leicht, sich zu informieren."

Ahrensburger sagen, dass es im Stadtteil Hagen eine rechte Szene gibt

Dass die offizielle Sicht und die Einschätzung einzelner Betroffener mitunter weit auseinander liegen, zeigt besonders ein Beispiel aus Ahrensburg.

Ende 2011 gab die Stadtverwaltung bei dem städtischen Jugendpfleger Frank Ropers ein Gutachten in Auftrag, das sich mit der Frage befassen sollte, ob es in Ahrensburg eine rechtsradikale Szene gibt. Das Fazit des elf Seiten langen Berichts: Es gebe zwar eine "Handvoll" junger Menschen, die dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen sei, aber keine Hinweise auf feste oder lose Strukturen.

Einige Ahrensburger haben ganz andere Eindrücke. So sagt Florian Meyer, der in der Schlossstadt aufgewachsen ist sich lange Zeit im autonomen Jugendzentrum 42 engagiert hat: "Es gibt eine neue Generation von Neonazis, denen man zum Beispiel im Schlosspark begegnet. Wie in den 90er-Jahren, kommen sie aus dem Stadtteil Hagen."

Ein Anwohner des Stadtteils, der nicht namentlich genannt werden will, bestätigt das: "Ein Haus an einer kleinen Straße scheint ein regelrechter rechtsradikaler Stützpunkt zu sein", sagt der Mann, der die Gegend genau kennt.

In dem Haus lebten einer oder mehrere junge Männer, aus dem Fenster sei manchmal rechtsradikale Musik zu hören. An manchen Tagen stünden viele Autos aus Reinfeld aus Bad Oldesloe, aber auch aus Pinneberg und Bad Segeberg vor dem Haus. "Wenn Besuch im Haus ist, werden die Rollläden herunter gelassen", sagt der Anwohner. Nachts habe der Mann auch schon einmal einen Schuss gehört und im Garten des Hauses Mündungsfeuer gesehen.

Für Hajo Funke ergibt sich aus dieser Schilderung ein klares Bild. "Natürlich ist das eine Struktur! So etwas zu verharmlosen, ist schädlich für die Demokratie."

Der Anwohner aus dem Hagen sagt auch, dass er "die Polizei darauf aufmerksam gemacht" habe. Norbert Patzker, Leiter der Polizeizentralstation in Ahrensburg, sagt allerdings, dass er "definitiv nicht" von einem rechtsradikalen Treffpunkt wisse. "Mir wurde davon nichts gemeldet", sagt er. Auf Anfrage beim Kommissariat 5 in Lübeck heißt es dazu: "Zu konkreten möglichen Szene-WGs geben wir grundsätzlich keine Erkenntnisse an die Presse".

Hajo Funke nimmt nicht direkt zur Arbeit der Ahrensburger Beamten Stellung. Aber er sagt: "Man muss Zweifel haben, ob die Polizei diesen Sachen immer genug nachgeht."

Treffpunkte wie jener, den es nach der Schilderung des Hagener Anwohners gibt, seien "zentral zur Schaffung von neonazistischen Organisationen", sagt der Wissenschaftler. Wie Hendrik Holtz sagt, gab es auch in Reinfeld lange Zeit eine Wohnung, in der sich Rechtsradikale trafen. Sie lag in Bahnhofsnahe - eine mögliche Erklärung dafür, weshalb es gerade dort mehrmals zu Übergriffen kam.

Doch nicht nur in Wohnungen und Häusern, auch im virtuellen Raum treffen sich Rechtsradikale, tauschen sich aus und verabreden sich. Die Rechtsradikalen gehen auch dort gegen ihre vermeintlichen Feinde vor. "Namen im Internet zu veröffentlichen, ist Teil dieser Strategie", sagt Hajo Funke.

Die Ahrensburger Politikerin Nina Holers erlebte das am eigenen Leib. Das Mitglied der städtischen Grünen-Fraktion setzt sich unter anderem dafür ein, dass die Stadt dem Antirassistischen Bündnis Stormarn (Arabues) beiträgt.

Das Ansinnen blieb bisher erfolglos, dafür fand Nina Holers im vergangenen Sommer ihren Namen durch Zufall im Internet wieder - auf der Webseite der Autonomen Nationalen Sozialisten Stormarn. Dort stand ein Bericht über die Abstimmung in den städtischen Ausschüssen zu dem Arabues-Beitritt. Nina Holers' Name wurde genannt. "Zwei Neonazis sind in den Ausschüssen aufgetaucht im Publikum. Sie haben das dann offenbar mitgeschrieben", sagt Nina Holers, die den Fall "gruselig" nennt.

Auch Glindes Bürgermeister Rainhard Zug kann von virtuellen Aktivitäten von Rechtsextremen berichten. Im vergangenen Jahr habe er "sechs oder sieben relativ eindeutige E-Mails" bekommen, die er an die Polizei weitergab. Zug hatte sich zuvor sehr deutlich auf die Seite der Protestbewegung gegen den Modeladen Tønsberg gestellt, der seit September in Glinde die bei Rechtsradikalen beliebte Kleidung der Marke Thor Steinar verkauft.

In sogenannten sozialen Netzwerken wie Facebook sind die Neonazis ebenfalls aktiv. Und sie haben damit Erfolg, wie Ute Sauerwein-Weber kürzlich schockiert feststellte. "Ich habe bei Facebook gesehen, dass ein Großteil meiner Schüler die Aktion 'Todesstrafe für Kinderschänder' unterstützt hat. Es war ihnen nicht bewusst, dass die einen klar rechtsradikalen Hintergrund hat", sagt die Sozialpädagogin der Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinschaftsschule in Bargteheide.

Manchmal agieren die Neonazis auch betont freundlich und geben sich als "Kümmerer" aus, wie Hajo Funke sagt. Sie wenden sich vermeintlich unverdächtigen Inhalten wie dem Umwelt- und Tierschutz zu, um neue Anhänger zu gewinnen. Im Internet machen Neonazi-Gruppen dann mit ihren Aktionen Werbung. So auch in Stormarn: Im Februar 2011 gaben Mitglieder der Autonomen Nationalisten eine Spende beim Oldesloer Tierheim ab und berichteten später auf ihrer Webseite von der Aktion.

Heike Reher, die Leiterin des Oldesloer Tierheims, fand erst im Nachhinein heraus, dass es Neonazis waren, die der Einrichtung 20 Dosen Hundefutter gespendet hatten. "Es waren eine junge Frau und zwei Männer im Alter zwischen 17 und 20. Die waren überhaupt nicht als Rechtsextreme erkennbar, sondern normal gekleidet. Ihre Ansichten gegen

Massentierhaltung klangen eigentlich vernünftig", sagt Heike Reher. Ein Rechtsanwalt, mit dem sie über den Fall gesprochen habe, "sah keine Möglichkeit mehr, dass die Bilder aus dem Netz genommen werden".

Wie reagiert die Zivilgesellschaft auf die Gefahr von Rechts? Was unternehmen die Gemeinden und wie schützen sich Sportvereine, die Freiwillige Feuerwehr und Bürgerinitiativen vor rechter Unterwanderung? Schließlich: Was wird getan, damit nicht weitere Jugendliche in die rechte Szene abdriften?

"Man muss sich sofort auf die Seite der Bedrohten stellen. Wenn nicht angemessen reagiert wird, dann dehnen sich der Alltagsterror und die Schaffung von Angsträumen aus. Nazis sehen sich dann auf der Erfolgsstraße", sagt Hajo Funke. Auf den Anschlag auf die Moschee reagierten die Ahrensburger seiner Ansicht nach richtig. Sie handelten sofort und organisierten eine Demonstration, an der Vertreter aller demokratischen Parteien teilnahmen sowie Bürgermeister Michael Sarach.

Experte sagt, dass Bündnisse gegen Rechts sehr effektiv sein können

Hajo Funke hält es aber für ebenso wichtig, dass solche Bündnisse langfristig agieren. "Das beeindruckt das Umfeld der Neonazis. Die gesamte Gesellschaft wird aufmerksamer, und das Klima für die Rechtsextremen wird rauer. Sie überlegen sich dann zweimal, ob sie aktiv werden. Ich bin selbst überrascht, dass sie so feige sind, aber es ist so", sagt der Politologe.

In Stormarn sind viele Menschen in den vergangenen Jahren aktiver geworden. 2009 gründete sich das Bündnis Arabues, dem mittlerweile die Städte Bargteheide und Bad Oldesloe beigetreten sind. Außerdem wirken Schulen mit sowie Parteien und Vereine. Arabues dient dem Austausch über das Thema, aber es veranstaltet auch Ausstellungen und Seminare.

In Reinfeld ist seit Herbst 2010 der Kriminalpräventive Rat aktiv, in dem Institutionen von der Polizei über Kirche und Stadtverwaltung bis hin zur Freiwilligen Feuerwehr mitarbeiten. Es kommt regelmäßig vor, dass der CDU-Bürgervorsteher Hans-Peter Lippardt mit jungen Antifa-Mitgliedern an einem Tisch sitzt. Zum Thema Rechtsextremismus hat der Reinfeldler eine klare Haltung. "Wenn einer in einer Kneipe oder am Stammtisch rechte Sprüche klopft, dann kann er sich etwas von mir anhören", sagt der 76-Jährige. Dazu Hajo Funke: "Es wirkt Wunder, wenn Konservative in solchen Bündnissen dabei sind. Denn sie können rechtsextremen Ansichten einen humanen Konservatismus entgegensetzen. Das wirkt auch auf Teile der Bevölkerung, die sonst nur schwierig zu sensibilisieren sind", sagt der Wissenschaftler.

In Glinde beteiligen sich alle Parteien an Aktionen gegen rechten Modeladen

Auch in Glinde beteiligen sich Mitglieder aller Parteien, von der Linken bis zur CDU, an einem Aktionsbündnis.

"Glinde ist bunt" heißt die Initiative, die sich im vergangenen Jahr gründete, nachdem der Laden Tønsberg am Glindeberg eröffnet hatte. Mit dem breiten Bündnis gelang ein beispielloses Engagement: Seit der Eröffnung gibt es täglich Mahnwachen vor dem Geschäft. Die Aktivisten, die mit einem Zelt und bunten Flaggen vor dem Laden Stellung bezogen haben, empfangen jeden Kunden, der hineingeht, mit einem Trillerpfeifenkonzert. Über den Protest der Glinde ist bundesweit berichtet worden. Sie kämpfen dafür, dass der Laden nicht zum Treffpunkt für Neonazis aus dem norddeutschen Raum wird.

Bürgermeister Rainard Zug sagt, die Initiative habe schon jetzt etwas zum Positiven verändert - auch wenn der Tønsberg-Laden vielleicht noch fünf Jahre bleibt, wie es im Mietvertrag vorgesehen ist. "Es gibt in der Stadt ein neues Wir-Gefühl. Menschen, die noch nie demonstriert haben, gehen auf einmal auf die Straße. Und in der Initiative engagieren sich Menschen unterschiedlichen Alters, Leute deutscher Herkunft oder mit Migrationshintergrund. Das ist schon etwas Neues", sagt der Verwaltungschef.

Nicht zuletzt, sagt Hajo Funke, kann es mit solchen Aktionen sogar gelingen, dass Neonazis ihre Einstellung überdenken oder revidieren. "Wenn weite Teile der Gesellschaft aktiver und wachsamer werden, kann das auf das private Umfeld dieser Leute wirken. Die Freundin sagt dann zum Beispiel: 'Was machst du da eigentlich für einen Unsinn?'. So etwas kann sehr entscheidend sein." Der Wissenschaftler ist überzeugt: "Niemand ist verloren."

STORMARN

Die Rolle der NPD in der Region

02.06.2012, 06:00 Uhr

Die Partei wird laut Verfassungsschutz schwächer. Doch es gibt Kontakte zu freien Kräften, sagt der Experte Mark Sauer

AHRENSBURG. Welche Rolle spielt die rechtsradikale Partei NPD im Kreis Stormarn? Wie stark ist sie und wie nimmt sie Einfluss auf Jugendliche? Nach dem aktuellen Bericht des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes wird ihr Einfluss im Lager der Rechtsextremen eher geringer. Die Partei sei zwar die "für den Rechtsextremismus bedeutendste Kraft", aber sie habe seit Jahren einen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Mittlerweile liege die Zahl bei 210 Personen. Das spreche dafür, dass der Landesverband, der seit 2009 von dem Vorsitzenden Jens Lütke geführt wird, derzeit "nicht kampagnenfähig" sei. Die Partei sei sogar für "bekenkende Rechtsextreme" unattraktiv. Für eine Schwächung spricht auch das jüngste Wahlergebnis: 0,74 Prozent erzielte die Partei bei der Landtagswahl, im Jahr 2009 waren es noch 0,9 Prozent. 2005 waren es 1,9 Prozent.

In Stormarn stellte die NPD, anders als etwa im Kreis Herzogtum Lauenburg, keinen eigenen Direktkandidaten auf. Sie warb, etwa in Glinde, mit Lautsprecherwagen für ihre Ziele. 63 Glinder wählten anschließend die Partei, die "Kindergeld nur an deutsche Familien" auszahlen will. Das entsprach 0,9 Prozent der Wähler. In Ahrensburg wählten 101 Bürger die rechtsradikale Partei, was 0,7 Prozent entsprach. In Bad Oldesloe lag das Ergebnis ebenfalls bei 0,7 Prozent, was 71 Stimmen entsprach. In Bargtheide wählten 0,6 Prozent der Wähler, 44 Menschen, die NPD. In Reinfeld wählten 24 Menschen die Partei, das entsprach ebenfalls 0,6 Prozent.

Was haben die so niedrig scheinenden Wahlergebnisse zu bedeuten? Zunächst einmal sei es ein gutes Zeichen, wenn die NPD weniger als ein Prozent erhalte. "Diese Marke ist ihre Hürde. Denn wenn sie sie erreichen, bekommen sie Wahlkostenerstattung", sagt Mark Sauer, der sich seit Jahren gegen Rechtsextremismus einsetzt und das Ratzeburger Bündnis gegen Rechts mitgegründet hat.

Doch Stormarner sollten sich angesichts dieser Zahlen nicht in Sicherheit wiegen. Die Gefahr ist die Nähe zum Herzogtum Lauenburg, wo die rechtsradikale Partei deutlich besser Fuß fassen konnte und im Kreistag mit einem Sitz vertreten ist. Die NPD betrachtet die beiden Kreise organisatorisch als einen Bereich, es gib den gemeinsamen "Kreisverband Lauenburg/Stormarn". Dessen Vorsitzender ist Kay Oelke, der auch zur Landtagswahl auch auf der Landesliste antrat. "Er arbeitet mit den freien Kräften in der rechtsextremen Szene zusammen", sagt Mark Sauer. Zu diesen freien Kräften werden auch die Autonomen Nationalisten gerechnet, die in Stormarn aktiv sind.

Im Herzogtum gab es in den vergangenen Jahren und Monaten besonders bedrohliche Aktionen von Rechtsextremen. So wurde im Januar das Ratzeburger Rathaus mit Morddrohungen gegen Bürgermeister Rainer Voss und auch gegen Mark Sauer besprüht. In der Silvesternacht haben junge Rechtsradikale in Ratzeburg Polizeibeamte attackiert. Mark Sauer sagt: "Sie sind hier so aktiv, weil die NPD im Herzogtum Lauenburg Fuß fassen konnte."(cg)

Weiterführende Links

[Rechtsradikalismus in Stormarn - auf den Spuren einer Szene](http://www.abendblatt.de/region/stormarn/article2294947/Rechtsradikalismus-in-Stormarn-auf-den-Spuren-einer-Szene.html)(<http://www.abendblatt.de/region/stormarn/article2294947/Rechtsradikalismus-in-Stormarn-auf-den-Spuren-einer-Szene.html>)

STORMARN

So geht eine Stadt im Osten mit dem Problem um

02.06.2012, 06:00 Uhr

Neonazis haben sich Lübtheen in Mecklenburg-Vorpommern gezielt als Wohnort ausgesucht. Bürgermeisterin Ute Lindenau rät Stormarnern, früh zu reagieren

LÜBTHEEN. Was kann eine Bürgermeisterin aus Ostdeutschland, deren Stadt ein sehr viel gravierenderes Nazi-Problem als die Orte in Stormarn hat, ihren Kollegen aus dem Westen raten? In der Tat so einiges, denn sie kennt die Strategie der Rechtsradikalen, sich gezielt kleine Orte auf dem Land auszusuchen, aus eigener Erfahrung. Und sie weiß, wie schwierig es ist, gegen die Feinde der Demokratie vorzugehen - wenn man sie zu spät erkennt. "Man darf nicht den Kopf in den Sand stecken und das Problem verschweigen, sondern muss offensiv damit umgehen", sagt Ute Lindenau, Bürgermeisterin von Lübtheen in Westmecklenburg, heute. Und: "Man darf sich nicht von den Nazis treiben lassen, muss agieren anstatt zu reagieren."

Führende Neonazis zogen Ende der 90er-Jahre nach Lübtheen

Es ist die Lehre aus einer leidvollen Erfahrung. Führende Rechtsradikale siedelten sich schon seit Ende der 90er-Jahre gezielt in der 4500 Einwohner großen Stadt im Elbetal in Mecklenburg-Vorpommern an. "2006 haben wir es erst so richtig gemerkt", sagt die SPD-Politikerin. Damals gaben 16,2 Prozent der Lübtheener dem NPD-Politiker Udo Pastörs bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ihre Stimme. Pastörs ist mittlerweile stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD, mit seiner Frau Marianne zog er schon 1999 nach Lübtheen. Gesinnungsgenossen wie Andreas Theißen siedelten sich ebenfalls an. Mittlerweile sitzen Marianne Pastörs und Andreas Theißen für die NPD im Lübtheener Gemeinderat.

Rechtsradikaler Udo Pastörs gab den "freundlichen Onkel" in dem Ort

"Zuerst kannte Herr Pastörs keiner. Aber er hat immer den freundlichen Onkel gegeben. Nach und nach haben er und seine Freunde ihr Sympathisantenumfeld gefunden, durch die ständige Präsenz vor Ort. Sie haben zum Beispiel Knobel- und Skatabende angeboten", sagt Ute Lindenau. Auch im Gemeinderat geben die NPD-Politiker die "Kümmerer", erzählt Ute Lindenau: "Sie sind gut vorbereitet und fragen zum Beispiel nach, wann Straßen gebaut werden und ob irgendwo Äste von den Bäumen fallen."

Nachdem die Stadt 2006 bundesweit in die Schlagzeilen geriet und schnell einen Ruf als rechtes Nest bekam, ist in Lübtheen viel passiert. Das Bündnis "Wir für Lübtheen" gründete sich im selben Jahr, Mitglieder sind Vereine, Verbände, Kirchen, Schulen und auch die Orts-Handwerkerschaft.

Es ist der Versuch, alle gesellschaftlichen Schichten am Kampf gegen die Nazis zu beteiligen - ähnlich wie in Glinde, wo Sportvereine und Parteien aller Couleur an der Bürgerinitiative gegen den Thor-Steinar-Laden teilnehmen, oder in Ratzeburg, wo die Kirche in der Initiative gegen Nazis vertreten ist. Anders als in Stormarn muss das Lübtheener Bündnis zum Teil gesellschaftliche Angebote neu schaffen, die nach 1990 wegbrachen. "Wir tun etwas für die Gemeinschaft und für die Kinder, bevor es die Nazis tun", sagt Ute Lindenau.

Das Bündnis setzt besonders bei den jungen Lübtheenern auf Aufklärung. "Jeder soll wissen, mit wem er es zu tun hat", sagt Ute Lindenau. Denn ähnlich wie in Stormarn würden auch die Lübtheener Nazis neue Themen wie die Ökologie für sich entdecken. "Herr Pastörs war zum Beispiel in einer Lübtheener Bürgerinitiative gegen den Braunkohleabbau aktiv", sagt Ute Lindenau. Eine vergleichbare Strategie wendeten die Autonomen Nationalisten Stormarn an, die für das Oldesloer Tierheim spendeten und die Übergabe dieser Spende im Internet auf ihrer Webseite bekannt machten.

Parallelen wie diese führen dazu, dass sich die Gemeinden aus Ost- und Westdeutschland mittlerweile über das Thema austauschen. Bei einem Treffen in Ratzeburg im Frühjahr haben Vertreter von Städten und Gemeinden aus Stormarn, dem Kreis Herzogtum Lauenburg und Mecklenburg-Vorpommern erstmals gemeinsam über das Problem beraten.

Ute Lindenau sagt, dass Bürger in Stormarn aktiver sind

Unter den Teilnehmern war neben Glindes Bürgermeister Reinhard Zug und Vertretern aus Reinfeld und Bad Oldesloe auch Ute Lindenau. Neben Parallelen sind ihr auch deutliche Unterschiede aufgefallen: "Bürger in den alten Bundesländern gehen selbstbewusster mit dem Thema um. Für die Menschen in Glinde scheint es selbstverständlich zu sein, etwas gegen die Rechten zu tun." In Lübtheen sei das leider nicht so ausgeprägt. Es gebe einen "Mangel an Zivilcourage", den Ute Lindenau auf die DDR-Vergangenheit zurückführt. "Viele erwarten erst einmal, dass die Bürgermeisterin oder die Verwaltung etwas gegen das Problem unternehmen."(cg)

Weiterführende Links

[Rechtsradikalismus in Stormarn - auf den Spuren einer Szene](http://www.abendblatt.de/region/stormarn/article2294947/Rechtsradikalismus-in-Stormarn-auf-den-Spuren-einer-Szene.html)(<http://www.abendblatt.de/region/stormarn/article2294947/Rechtsradikalismus-in-Stormarn-auf-den-Spuren-einer-Szene.html>)

STORMARN
INFO

Was bisher geschah

02.06.2012, 06:00 Uhr

September 2009: Rechtsradikale überfallen das Autonome Jugendhaus in Bargteheide, in dem zu diesem Zeitpunkt keine Menschen sind. Sie richten Zerstörungen an und hinterlassen einschlägige Aufkleber. Der Vorfall führt zur Gründung des Antirassistischen Bündnisses Stormarn (Arabues) in Bargteheide.

Frühjahr 2010: Hendrik Holtz, Kreistagsabgeordneter der Linkspartei, wird am Reinfelder Bahnhof von Rechtsradikalen bedroht. Sie halten ihm ein Messer an den Hals und beschimpfen ihn. Die Polizei findet bei den mutmaßlichen Tätern keine Beweise.

Juni 2010: In Bargteheide kommt es nachts zu einer Auseinandersetzung zwischen Rechtsradikalen und Angehörigen der linken Szene. Am Tag darauf reisen rund 50 Neonazis mit dem Zug an, marschieren durch die Stadt und versammeln sich vor dem Rathaus. Am 2. Juli reagiert die Stadt mit der Demonstration "Bargteheide bleibt bunt", an der rund 500 Menschen teilnehmen.

Februar 2011: Ein 14-jähriger Junge wird in der Oldesloer Innenstadt von vier Tätern geschlagen und getreten. Der Anlass ist, dass der Junge einen Aufnäher mit einem Antifa-Spruch trug.

Im selben Monat spenden Mitglieder der Autonomen Nationalisten Stormarn 20 Dosen Hundefutter an das Oldesloer Tierheim. Von der Aktion berichtet die rechtsradikale Gruppe auf ihrer Webseite.

August 2011: Eine größere Gruppe junger Männer, die der rechten Szene angehören sollen, versammelt sich vor dem Ahrensburger Rathaus. Jugendliche aus dem autonomen Jugendzentrum 42 befürchten, dass Rechtsradikale das Gebäude stürmen wollen. Sie alarmieren die Polizei, die eine Eskalation verhindert.

September 2011: In Glinde eröffnet das Modegeschäft Tønsberg, das die bei Rechtsradikalen beliebte Marke Thor Steinar vertreibt. In der Stadt bildet sich ein Bündnis, das seitdem in der Woche Mahnwachen vor dem Laden hält und Demonstrationen organisiert.

Silvester 2011/12: Eine Gruppe Rechtsradikaler skandiert in der Nacht auf dem Ratzeburger Marktplatz "Sieg Heil"-Rufe. Sie bewerfen später ein Polizeiauto mit einer Flasche und greifen einen Beamten an. Die Polizei setzt Pfefferspray ein.

Januar 2012: Rechtsradikale besprühen das Ratzeburger Rathaus mit Morddrohungen gegen den Bürgermeister Rainer Voss und auch gegen Mark Sauer, der in dem örtlichen Bündnis gegen Rechts mitarbeitet. Die Täter sind mittlerweile gefasst.

Mai 2012: Auf die Ahrensburger Moschee, die in einem Haus an der Straße Woldenhorn eingerichtet wird, wird ein Anschlag verübt. Unbekannte Täter werfen Fenster ein und ritzen Hakenkreuze in die Mauersteine.

Weiterführende Links

Rechtsradikalismus in Stormarn - auf den Spuren einer Szene (<http://www.abendblatt.de/region/stormarn/article2294947/Rechtsradikalismus-in-Stormarn-auf-den-Spuren-einer-Szene.html>)

STORMARN
KOMMENTAR

Extremismus erkennen

Hinnerk Blombach 02.06.2012, 06:00 Uhr

Zu den Phänomenen politisch motivierter Kriminalität gehört, dass sie in der Regel nicht aus simplen Motiven heraus begangen wird. Es geht dabei nicht um das Streben nach materiellen Dingen wie Geld. Es geht meistens auch nicht um niedere Beweggründe wie Rache oder Eifersucht. Der Extremismus zielt auf das Bewusstsein der Menschen. Das macht ihn so gefährlich. Und so hinterlassen in seinem Namen begangene Straftaten mehr als zerschlagene Scheiben und mit einschlägigen Symbolen verhandelte Fassaden. Sie hinterlassen ein Gefühl der Beklemmung, eine Unsicherheit. Ist da noch mehr? Mehr als dumpfe Parolen, denen man als aufrechter Demokrat mit guten Argumenten begegnen kann?

Nein, die Rechtsextremisten gehören in Stormarn nicht zum alltäglichen Straßenbild. Jedenfalls sind sie nur vereinzelt wahrnehmbar. Doch die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus haben sich gewandelt. Es sind nicht mehr nur tumbe Skinheads als braune Masse auf der einen und ein paar wenige hoch intelligente Scharfmacher auf der anderen Seite. Waren die geistigen Brandstifter einst durch Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel identifizierbar, kommen sie jetzt mal als äußerlich eher links anmutende "Nationale Sozialisten" daher, mal als vermeintlich harmlose "Tierschützer".

Das macht sie schwerer greifbar, sie können im Verborgenen agieren. Die Verbrechen der Zwickauer Terrorzelle haben das eindrucksvoll bewiesen. Wer jetzt reflexartig denkt: "Das gibt es doch nur im Osten", der ist nicht nur naiv, sondern irrt auch gewaltig: Hier fliegen Steine in die Moschee, hier fährt die NPD mit Lautsprecherwagen durch die Straßen, hier werden Menschen bedroht.

Das viel zitierte "Wehret den Anfängen!" hat daher nach wie vor seine Berechtigung. Vor allem die Sicherheitsbehörden sind in der Pflicht, jede extremistische Regung zu erkennen, zu verfolgen und zu unterbinden. Genauso gehört es zur staatsbürgerlichen Pflicht, genau hinzusehen.

Dabei führt es nicht weiter, nicht vorhandene Bedrohungslagen herbeizureden. Genauso wenig aber hilft es, latent vorhandene Tendenzen mit einer an Arroganz grenzenden Engstirnigkeit kleinzureden. Es geht darum, die Realitäten als solche zu erkennen und alles zu tun, um die im Verborgenen laufenden Dinge ans Tageslicht zu fördern. Denn ebenfalls zu den Phänomenen des politischen Extremismus gehört, dass Menschen anfällig dafür sind, weil er einfache Lösungen für schwierige Probleme vorgaukelt. Weil er Menschen dort versucht zu beeinflussen, wo sie angreifbar sind: bei ihren Schwächen.

Die Demokratie ist stark genug, den Extremismus zu bekämpfen. Aber dafür muss sie ihn erkennen.

Weiterführende Links

[Rechtsradikalismus - auf den Spuren einer Szene](http://www.abendblatt.de/region/stormarn/article2294947/Rechtsradikalismus-auf-den-Spuren-einer-Szene.html)(<http://www.abendblatt.de/region/stormarn/article2294947/Rechtsradikalismus-auf-den-Spuren-einer-Szene.html>)